

p.B.75.21. - HU/au

Bern, den 25. Mai 1976

Notiz an das Politische SekretariatDie Schweiz und der Nahe Osten

Wir danken Ihnen für die Zustellung Ihres ausführlichen Berichts über die Beziehungen der Schweiz zum Nahen Osten, von dem wir mit grossem Interesse Kenntnis genommen haben. Der historische Teil der Studie zeichnet die Entwicklung, die dazu geführt hat, dass die ehemals in der Region tonangebenden Mächte Frankreich und Grossbritannien allmählich durch den Einfluss der USA und der Sowjetunion zurückgedrängt wurden - nicht vollständig allerdings, wie gerade der von beiden Seiten mit einem gewissen Einsatz betriebene euro-arabische Dialog zeigt.

Was nun insbesondere das Verhältnis unseres Landes zum Mittleren Osten anbelangt, so lässt sich dem Bericht entnehmen, wie oft die schweizerische Einstellung einfach eine Reaktion gegenüber Vorfällen darstellte (Zerka als Beispiel). Immerhin auch hier zeichnet sich eine Entwicklung ab; während vor einigen Jahren, vor allem unter dem Eindruck des palästinensischen Terrors, das Verhältnis Israel/Arabische Welt in Weiss und Schwarz gesehen wurde, ist in der Zwischenzeit unter anderem dank einem erweiterten Spektrum von Informationen ein vielschichtigeres Bild entstanden. Das Bemühen um das Verständnis von historischen, religiösen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen hat zu einer Objektivierung der Beobachtung beigetragen. So wurde das Terrain vorbereitet für einen vermehrten schweizerischen "Einsatz" im Mittleren Osten, der von unseren Partnern im allgemeinen gut aufgenommen und von unserer öffentlichen Meinung toleriert wird. Was noch mehr ist, der wirtschaftliche Zwang zur Erschliessung neuer Absatzmärkte hat dazu geführt, dass der Ausbau unserer - vorderhand wirtschaftlichen - Beziehungen zu den arabischen Staaten sogar gefordert wird.

Wir werden freilich im Zuge der Intensivierung unserer Beziehungen zum Mittleren Osten nicht darum herum kommen, von den israelischen und arabischen Gesprächspartnern über unsere Vorst





zur Regelung des Palästina-Konfliktes zur Rede gestellt zu werden. Auch hier kommen die bisherigen Vorarbeiten, sei es in Form von Stellungnahmen im Schosse der parlamentarischen Kommissionen für Auswärtiges oder in den öffentlichen Äusserungen des Departementsvorstehers zugute. Eine allfällige Sprachregelung wird mit Vorteil von Zeit zu Zeit auf den Hintergrund der Stellungnahmen in anderen europäischen Ländern überprüft werden müssen. Einige Beispiele aus letzter Zeit:

Aussenminister Genscher in einem AFP-Interview vom 9.11.1975:

"Die Bundesregierung hatte sich bereits in der 29. Generalversammlung 1974 dahingehend geäußert, dass wir unter den legitimen Rechten des palästinensischen Volkes das Selbstbestimmungsrecht mit Einschluss des Rechts verstehen, auf dem von Israel im Rahmen einer Konfliktlösung zu räumenden Territorium eine Autorität zu errichten. Die gemeinsame Position der Neun, über die wir uns in Rom geeinigt haben, spricht vom Recht des palästinensischen Volkes, seiner nationalen Identität Ausdruck zu verleihen. Ferner haben wir in Rom herausgestellt, dass die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes sowie das Recht Israels auf Existenz in sicheren und anerkannten Grenzen gleichen Rang haben und einander nicht behindern dürfen, d.h. eine Lösung ist nur möglich, wenn die Palästinenser das Existenzrecht Israels und Israel das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen."

Bundeskanzler Schmidt anlässlich des Besuchs des ägyptischen Präsidenten Sadat am 30. März 1976:

"Wir haben keine Zweifel - und wir sagen es auch - dass eine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts nicht möglich ist, solange das palästinensische Volk nicht seine legitimen Rechte ausüben darf. Dazu gehört das Recht der Selbstbestimmung und auf Ausübung eigener nationaler Autorität in dem Gebiet, das Israel im Rahmen einer Friedensregelung zu räumen hätte! Der Kanzler fügte allerdings sofort hinzu: "Andererseits können und wollen wir nicht die Tatsache übersehen, dass der Staat Israel nicht nur eine Realität ist, sondern auch das Recht hat, in sicheren und anerkannten Grenzen zu bestehen - ein Recht, das in einer Friedensregelung bestätigt werden muss."

Der französische Staatschef Giscard d'Estaing anlässlich seines Besuches in Kairo vom Dezember 1975:

"Zur übrigen Lage in Nahost erklärte Giscard d'Estaing, es bestünde seiner Meinung nach eine "allgemeine Friedenstendenz".



Er rief den französischen Standpunkt in Erinnerung: gerechte Lösung des Palästinenserproblems und sichere Grenzen für alle Staaten der Region. Beide Fragen müssten gleichzeitig lösungsreif werden, fügte er hinzu.

Auf die Frage nach der französischen Auffassung zu einem Palästinenserstaat erwiderte Giscard, dieser Staat müsste unabhängig sein. "Mit unabhängigem Staat wollen wir sagen, ein Staat, der über sein Schicksal selber entscheidet."

Die Frage, ob Frankreich einen an Jordanien angrenzenden Palästinenserstaat anerkennen würde, beantwortete Giscard mit den Worten: "Frankreich hat keine andere Meinung zu haben als die, die das palästinensische Volk bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen wird."

Aus dem österreichisch-polnischen Communiqué vom 30. April 1976:

"Beide Gesprächspartner betonten, dass ein gerechter und dauerhafter Friede im Nahen Osten auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates der UNO unter Respektierung der Rechte aller Staaten und aller Völker dieser Region sowie der legitimen Rechte der Palästinenser verwirklicht werden kann. Sie verwiesen auf die Bedeutung der Einberufung der Genfer Nahost-Konferenz für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in dieser Zone."

Präsident Ford am 13. Mai 1976 anlässlich einer Ansprache an das American Jewish Committee:

"Israel is asked to relinquish territory - a concrete and essentially irreversible step - in return for basically intangible political measures." Nonetheless, the President added, "it is only in the willingness to dare the exchange of the tangible for the intangible that hostility can be ended and peace attained."

Das weitere schweizerische Engagement im Mittleren Osten benötigt fortdauernde innenpolitische Fundierung. Dies ist unerlässlich wenn das immer noch prekäre Verständnis für den Ausbau der Beziehungen zu den arabischen Staaten bei neuen Konflikten nicht wieder ins Gegenteil umschlagen soll, samt allem Drum und Dran an zerbrochenem innen- und aussenpolitischen Porzellan. Ein Mittel zur Konsolidierung unserer Mittelost-Politik in Parlament und Öffentlichkeit besteht in einer neuen Aktion wie sie seinerzeit im Dezember 1974 durch die Interpellation von Nationalrat Hofer ausgelöst wurde, wobei der Text eines entsprechenden parlamentarischen Vorstosses sinngemäss an die neue Situation anzupassen wäre.



Text der seinerzeitigen Interpellation Hofer:

Die Welt ist in eine neue Phase verschärfter politischer und wirtschaftlicher Konfrontationen eingetreten. Eine neue Art kalter Krieg ist ausgebrochen, dessen Schauplätze nicht nur die Vereinten Nationen sind, sondern auch die Spezialorganisationen, denen unser Land angehört. Politischer Druck und wirtschaftliche Erpressung richten sich in erster Linie gegen die Länder der westlichen Welt, zu der unser Land seiner geographischen Lage, seiner idellen Tradition und seiner politischen Struktur nach gehört.

Wie beurteilt der Bundesrat die Lage und die Interessen der Schweiz in dieser Konfliktsituation?"

Wie bekannt, gelang es dem Bundesrat in seiner grossangelegten Antwort, das Denkschema der Interpellation zu ersetzen durch ein nuanciertes Bild der internationalen Wirklichkeit und der Wahrnehmung unserer politischen und wirtschaftlichen Interessen. in ihr. Das Echo in Parlament und Massenmedien war positiv. Eine ähnlich umfassende und ausgewogene Stellungnahme des Bundesrates über unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten und Israel könnte gegen innen zur Klärung beitragen und gegen aussen unsere Politik auf einen festen Boden stellen. Die Opportunität eines solchen Vorgehens muss allerdings innenpolitisch sorgfältig erwogen werden.

Politische Abteilung I

A. Hegner

Kopie ging an:

- die Politische Abteilung II
- Herrn Generalsekretär A. Weitnauer
- Herrn F. Nordmann